

DER STEIGER

Ihre AfD-Stadtratsfraktion informiert



Vom Rechtsstaat zur Willkür – Gedanken zum Besuch des Bundespräsidenten von Mathias Stahl (Stadtrat)

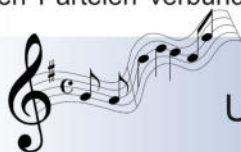
Als Vertreter des „protestantischen“ Teils im Freiburger Stadtrat nahm ich am 3.12.22 am Gespräch im Rathaus mit BP Steinmeier teil. Dort teilte ich u.a. singgemäß mit, dass ein Teil der Bürgerschaft die teilweise Willkür und unrechtmäßigen Grundrechtseinschränkungen im Zuge der Corona-Politik nicht vergessen werden. Im Gegenzug meinte der BP, dass dies kein Grund sei, demokratische Entscheidungen und Institutionen zu delegitimieren. Wegen damaliger Gesprächskürze nun eine Replik an dieser Stelle: Die repräsentative Demokratie in Deutschland degeneriert.

Schon die klassische Gewaltenteilung wurde in der BRD nur verschränkt umgesetzt mit Mitgliedschaft von Kanzler und Ministerpräsident im jeweiligen Parlament als auch der Weisungsbefugnis der Justizminister gegenüber den Staatsanwaltschaften. Mit expliziter Einbindung von Parteien in staatliche Parteienfinanzierung wurde mit diesen eine vierte Macht im Staate geschaffen. Unabhängige Parlamentarier mit Mehrheitswahl entfielen, wurden ersetzt durch finanziell den Parteien verbundene Kandidaten. Par-



Bernd Zeller "Am Kaffeehausfenster"

lamente kontrollieren heute nicht mehr die Exekutive, sie stützen sie; denn wer „querdenkt“, fliegt. „Meinungsbildung“ findet nun außerhalb parlamentarischer Regeln (Lobbyismus) statt: mit NGO und Medien, mit Hypermoral, Emotion und Skandal-staatlich gestützt, gesinnungsethisch durchgebildet- undemokratisch. Die Legis-



lative fällt aus - die Oligarchie entfaltet sich. Das Sachargument tritt zurück mit Folgen bei Gesundheit, Energie, Bildung, Migration, Souveränität, Geldwert etc.. Oligarchie führt selber demokratische Institutionen ad absurdum Herr Bundespräsident; Paradebeispiel: Causa Kemmerich. Wenn nun gegen Spaziergänge „2022 ist nicht 1989“ plakatiert wird – richtig. Vielmehr werden 89er Errungenschaften rückabgewickelt. Was wir brauchen ist ein neuer Paulskirchenprozess mit Antworten auf Fragen bzgl. Fehlentwicklungen unserer Demokratie.



Belohnung für das Melden von Schmierfinken?

Verpasste Chance gegen Graffiti-

Geschmiere...

von Andreas Krause
(Stadtrat)



Schmierereien und eine zunehmende Verwahrlosung einzelner Stadteile durch Stickervandalismus nehmen in Freiberg deutlich zu. Insbesondere das Gebiet um die Schmiede- und Oststraße ist davon betroffen. Die Wohnegend wird von Freibergern bereits als "Kleinconnewitz" bezeichnet. Eine Anspielung auf den Leipziger Stadtteil Connewitz, in dem sich eine linksextreme Parallelgesellschaft sehr zum Leidwesen der bürgerlichen Mitte in die Öffentlichkeit drängt. Auch in Freiberg sind es geschätzt 95% linke, linksradikale oder linksextreme Sticker und Schmierereien die das Stadtbild und das Ansehen unserer Stadt als Weltkulturerbe beschädigen. Die AfD-Fraktion im Freiburger Stadtrat stellte sich diesem drängenden Problem und brachte zu dessen Lösung eine Beschlussvorlage in die Stadtratssitzung vom 06.10.2022 ein. Zeugen einer solchen Straftat sollten durch Zahlung einer Belohnung ermuntert werden, diese Tat zu melden. Ziel war es, den Tätern auf frischer Tat durch den Stadtordnungsdienst oder die Polizei

habhaft zu werden. In Abhängigkeit von der Höhe des Schadens sollte ein Betrag von bis zu 2000€ ausgezahlt werden. Die Vorlage wurde vom Fraktionsvorsitzenden Marko Winter den Stadträten und anwesenden Bürgern vorgestellt. In seiner Begründung verwies Hr. Winter auf die Dringlichkeit, den Leidensdruck und die Verunsicherung der betroffenen Einwohner und auf die Beeinträchtigung des Ordnungs- und Sicherheitsgefühls aller Freiburger Bürger. Stadtrat André Petzold ergänzte, dass sich das Problem zunehmend auch in andere Stadteile ausdehnt und eine Lösung daher möglichst schnell erforderlich sei. Stadtrat Andreas Krause fügte hinzu, dass aus seiner Sicht eine besondere Verantwortung von Ordnungsamt und Polizei vorliege. Auf Drängen der Chemnitzer Polizeibehörde wurde in die aktuelle Fassung der Freiburger Polizeiverordnung eingefügt, dass Bürger nicht mehr zu „Bürger-



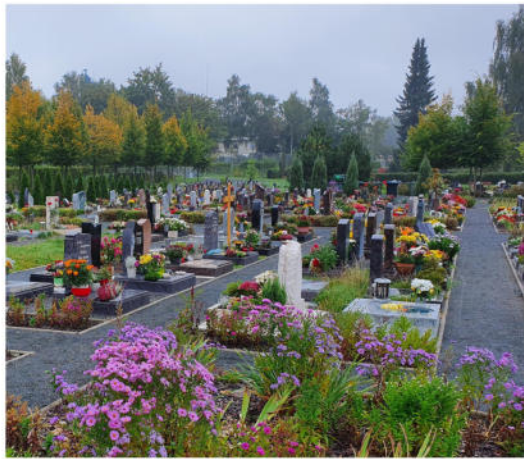
Bis zur Unkenntlichkeit entstellte Straßenschilder

streifen“ und damit zum organisierten Eigenschutz berechtigt sind. Eine sächsische Polizeibehörde, welche Hundertschaften aufwenden kann um Spaziergänger einzukesseln, hat offenbar keinen Erfolg einer Gruppe von mutmaßlich 5 bis 10 „Vandalen“ habhaft zu werden. Leider sahen die anderen Stadtratsfraktionen keine Veranlassung zu einer belohnungsorientierten Maßnahme. Es wurde auf Veranlassung von anderen Stadträten der ursprüngliche AfD-Antrag in seinem Anliegen verhindert und in Richtung der Neuauflage eines Förderprogrammes verändert. Das Förderprogramm („Sauberes Freiberg“) soll Hauseigentümer kostenmäßig entschädigen, welche Schmierereien zeitnah übermalen. So begrüßenswert diese Maßnahme im Sinne der Hauseigentümer ist, eine Lösung des ursächlichen Problems wird „durch überpinseln“ mit Sicherheit nicht erzielt. Hier drückt sich offenbar die Mehrheit des Stadtrates, ein Problem bei der Wurzel zu packen und nutzt das Steuergeld der Bürger zum Abmildern der hässlichen Auswirkungen.

Das Bestatten auf städtischen Friedhöfen ist unnötig teuer



von Dieter Reimann (Stadtrat)
Die Freiburger Friedhofs-Nutzer müssen bedauerlicherweise vom 1. Jan. 2022 bis 31. Dez. 2026 (Kalkulationsperiode der aktuellen Friedhofsgebührensatzung) mehr bezahlen, als was eigentlich notwendig wäre. Beim Stadtratsbeschluss im Dez. 2021 dürfte vermutlich nicht allen Stadträtinnen und Stadträten klar gewesen sein, dass bei jeder Bestattung in der Kalkulationsperiode 2022 bis 2026 die Hinterbliebenen mit durchschnittlich 231,55 EUR zusätzlich zur Kasse gebeten werden, um das finanzielle



Zentralfriedhof Freiberg - Gräberreihen

Missmanagement unserer Rathaus-Spitze in der Kalkulationsperiode 2017 bis 2021 in Höhe von 1.008.235,06 EUR erheblich abzumildern. In dieser Kalkulation wurden die durchschnittlichen Bestattungszahlen vom 1. Jan. 2018 bis zum 31. Okt. 2021 herangezogen. Des Weiteren wurden in der Stadtratssitzung vom Dezember 2021 Kolumbarien beschlossen, die pro Fach/Jahr für Verzinsung, Abschreibung, Pflege und Sitzbank Folgekosten in Höhe von 300 EUR verursachen. Nach Meinung von Herrn Prof. Merke von der Zusatzversorgungskasse Steinmetz in Wiesbaden seien Kolumbarien ökonomischer Unsinn. Es bestünde die erhebliche Gefahr, dass das angemessene, schlichte Bestatten in Freiberg für manchen unserer Mitbürger nicht mehr erschwinglich sei und man beispielsweise nach Tschechien ausweichen müsse. Wie kann unser Stadtrat bzw. unser Verwaltungs- und Finanzausschuss künftig präventiv dafür sorgen, dass nicht jährlich auf unseren beiden städtischen Friedhöfen Fehlbeträge in Höhe von 201.647 EUR entstehen? Abschließend sollte sich unser Stadtrat die Frage stellen, inwieweit per Mehrheitsbeschluss Einsparpotentiale auf unseren städtischen Friedhöfen genutzt werden könnten, um unserer städtischen Bevölkerung ein finanziell erschwingliches Bestatten weiterhin zu ermöglichen?





Sichere Energieversorgung - zurück in die Zukunft!

Plan klang in der Theorie erstmal gut – wie immer bei linker Politik: Nämlich das Versprechen von angeblich "sauberer Energie" und später zunehmend von "Klimaschutz". Die „Sonne schickt keine Rechnung“ wurde propagiert. Die Realität sah immer anders aus: Diese sogenannte "Energiewende" hat erst durch -relativ günstiges - russisches Gas so lange "funktionierte". Das Gas wurde genutzt, um den "Flutterstrom" (aus Wind und Sonne) auszugleichen. Auch das war schon relativ

Deutsche Strompreise Weltspitze



von Marko Winter, Fraktionsvorsitzender und Aufsichtsrat der Freiburger Stromversorgung GmbH

Sie werden sich vielleicht erinnern: Erst Anfang dieses Jahres musste die Freiburger Stromversorgung GmbH, eine Tochter der Stadtwerke, ihre

Preise für die Kilowattstunde drastisch erhöhen. So stieg der Strompreis im Grundversorgungstarif "Silberstadt®basis" um über 60%. Die Situation ist deswegen so belastend, weil Deutschland schon vor der aktuellen Krise praktisch die höchsten Strompreise der Welt hatte. Es rächen sich mindestens 20 Jahre falsche Politik, welche uns unter dem Namen „Energiewende“ verkauft wurde. Auch dieser links-grüne

teuer, aber irgendwie noch bezahlbar. Parallel dazu hat die Bundesregierung veranlasst, immer mehr preiswerte und stabile (grundlastfähige) Kraftwerksleistung stillzulegen - allein zwischen 2016 und 2020 mehr als 11000 MW (11GW). Das hat die Abhängigkeit deutscher Stromerzeugung vom Energieträger Gas erhöht und wird jetzt zur politisch verursachten, zur selbstverursachten, Katastrophe. Die Lösung ist übrigens relativ einfach: Stopp aller Stillle-

steiger-freiberg.de

Sollten Sie Interesse an den vorherigen Ausgaben des STEIGERs haben, wenden Sie sich bitte mit einer Mail an: steiger@afdmittelsachsen.de

gungen konventioneller Kraftwerke, dann Wiederanlauf erst kürzlich stillgelegter Kraftwerke, verbunden mit einem praktischen Ausbaustopp insbesondere von Windkraftanlagen, welche Natur und Landschaft erheblich stören. Voraussetzung wäre natürlich die ideologischen Scheuklappen abzulegen.

Impressum

Herausgeber: AfD-Stadtratsfraktion der Universitätsstadt Freiberg, Postfach 1122, 09581 Freiberg
V.i.S.d.P.: Marko Winter, Redaktion: Andreas Krause, Mathias Stahl, Auflage: 10000, E-Mail: steiger@afd-mittelsachsen.de
Ausgabe 01/2023; Wir weisen darauf hin, dass der Redaktionsschluss für diese Ausgabe am 27.02.2023 war.
Spätere Ereignisse konnten daher nicht mehr berücksichtigt werden. Bildquellen: Fraktionsarchiv, Andreas Krause privat, Markus Gehrke privat, Bernd Zeller, Hengst/Cityfoto Freiberg, Weber/Die Fotomeisterin, www.pixabay.com, www.pexels.com

